



Newsletter Beamtenreform

Ausgabe 3/September 2009



Aktuelle Entscheidungen zum Beamtenrecht

Im vergangenen Jahr hat es einige wichtige, die bisherige Rechtsprechung festigende, aber auch neue Entscheidungen der Oberverwaltungsgerichte und des Bundesverwaltungsgerichts zum Beamtenrecht gegeben. Die im Folgenden benannten Themen erscheinen dem Verfasser dabei besonders bemerkenswert:

Personalüberhang

Hierzu hat das Bundesverwaltungsgericht (19.8.2008, 2 C 8/07) entschieden, dass die Versetzung zu einem zentralen Personalüberhangsmanagement (Stellenpool) ohne gleichzeitige Verleihung eines Funktionsamts gegen den Kernbereich der hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums aus Art. 33 GG verstößt. Das Bundesverwaltungsgericht hat klargestellt, dass Folge der Versetzung zum Stellenpool nicht sein darf, dass der Beamte sein Funktionsamt im abstrakten und im konkreten Sinne verliert. Wie bei einer Versetzung muss ihm ein neues Funktionsamt übertragen werden.

In diesem Zusammenhang wurde auch klargestellt, dass der Personalrat im Beteiligungsverfahren eigene Erwägungen zum Personalüberhang vorbringen kann. Voraussetzung hierfür ist, dass dem Personalrat auch die Entscheidungsgrundlagen zugänglich gemacht werden, die zu der Zuordnung zum Personalüberhang geführt haben. Ist dies nicht der Fall, ist die Versetzung zum Stellenpool rechtswidrig und demzufolge aufzuheben.

Amtsärztliche Untersuchung zur Feststellung der Dienstfähigkeit

Das Oberverwaltungsgericht des Landes Sachsen-Anhalt (28.1.2009, 1 M 164/08) hat entschieden, dass ein Beamter, auch wenn er bereits durch eine noch nicht bestandkräftige Verfügung wegen Dienstunfähigkeit in den einstweiligen Ruhestand versetzt worden ist, verpflichtet ist, sich einer amtsärztlichen Untersuchung auf Anordnung des Dienstherrn zu unterziehen. Der Dienstherr kann die Untersuchung auf Zweifel hinsichtlich der Dienstfähigkeit oder auch der Dienstunfähigkeit des Beamten stützen.

Reaktivierung eines Ruhestandsbeamten

Hierzu hat das Bundesverwaltungsgericht am 13.8.2008 (2 C 41/07) auf den Rückkehrwunsch eines Beamten hin entschieden, dass die mit der Wiederberufung eines Ruhestandsbeamten verbundenen finanziellen und personalorganisatorischen Auswirkungen regelmäßig keine entgegenstehenden zwingenden dienstlichen Gründe darstellen, die eine Versagung der Wiederberufung durch den Dienstherrn rechtfertigen könnten. Das Bemühen des Dienstherrn, durch eine Einstellungssperre Personalkosten zu reduzieren, um den Haushalt zu entlasten, stellt zwar einen dienstlichen Grund dar. Dieser ist jedoch nicht „zwingend“ im Sinne der entsprechenden Regelungen.



Produkt Tipp

Schütz/Maiwald

Beamtenrecht des Bundes und der Länder

dargestellt anhand des BeamStG, des LBG NRW und des BeamtVG, einschließlich Vorschriften- und Entscheidungssammlung



Loseblattwerk in 5 Ordnern

ISBN 978-3-7685-5870-9

€ 148,00 zzgl. Aktualisierungslieferungen

[\[mehr Info\]](#)



Newsletter Beamtenreform

Ausgabe 3/September 2009



Verletzung der Fürsorgepflicht des Dienstherrn durch Kritik an der Amtsführung eines Beamten in einer Pressekonferenz

Hierzu hat das Oberverwaltungsgericht Mecklenburg-Vorpommern am 27.10.2008 (2 L 63/06) beschlossen, dass die Fürsorgepflicht es dem Dienstherrn verbietet, den Beamten durch Kritik an seiner Amtsführung ohne rechtfertigenden sachlichen Grund in einer Pressekonferenz bloßzustellen. Die Beweislast für die Richtigkeit der erhobenen Vorwürfe trägt der Dienstherr.



Produktipp

Baßlperger

Einführung in das neue Beamtenrecht

Mit den Neuregelungen durch das Beamtenstatusgesetz sicher umgehen

Internetausgabe

Halbjahrespreis für 3 Zugriffe € 24,50,

weitere Lizenzen auf Anfrage.

ISBN 978-3-8073-0128-0

Das Beamtenrecht ist durch viele abstrakte Rechtsbegriffe gekennzeichnet und in viele Gesetze und Verordnungen gegliedert, was die Umsetzung in die Praxis erschwert. Diese Einführung dient als Orientierungshilfe für die tägliche beamtenrechtliche Arbeit. Praktische Beispiele des Vorreiters Bayern, das als erstes Land ein neues Landesbeamtenengesetz erlassen hat, weisen den Weg in die beamtenrechtliche Praxis der Länder. Sowird die Verflechtung von Beamtenstatusgesetz und LBG für die Anwender in allen Bundesländern deutlich. Extrem praktisch: Arbeitshilfen, wie z.B. Urkundenmuster, ergänzen die Informationen. Praktische Beispiele und Fälle weisen den Weg. Leicht verständlich: Grafiken, Übersichten und Schaubilder helfen, die Einzelprobleme und Zusammenhänge besser zu verstehen. Schnell lesbar: Die wichtigsten beamtenrechtlichen Grundsätze sind optisch hervorgehoben. Verweise führen direkt in die relevanten Normen. Optimal erschlossen: Sicheres und schnelles Navigieren durch eine übersichtliche Oberfläche, durchdachte Verlinkungen und gute Suchmöglichkeiten.



Reinhören: das Interview mit Herrn Dr. Baßlperger zur Beamtenrechtsreform

www.das-neue-beamtenrecht.de

[\[Testzugang anfordern\]](#)

Verlängerung der Dienstzeit eines Hochschulprofessors/dienstliches Interesse für Überschreiten der Altersgrenze

Zu klären war, ob dem Antrag eines Hochschulprofessors auf Überschreiten der Altersgrenze zu entsprechen ist. Das Oberverwaltungsgericht Mecklenburg-Vorpommern hat am 19.8.2008 (2 M 91/08) beschlossen, dass dies weitgehend von vorausgegangenen organisatorischen und personellen Entscheidungen des Dienstherrn abhängt und an den dort vorhandenen personalwirtschaftlichen und organisatorischen Möglichkeiten zu messen ist. Soweit der Dienstherr durch Schaffung und Erhalt ausreichender Berufungsmöglichkeiten für eine zeitnahe Neu-besetzung der Stelle Sorge getragen hat, hat auch die besondere dienstrechtliche Stellung eines Professors im Hinblick auf die Freiheit der Lehre zurück-zustehen.

Freistellung von Personalratsmitgliedern

Hierzu hat das Bundesverwaltungsgericht am 12.1.2009 (6 PB 24/08) zum PersVG NRW beschlossen, dass die von den Gruppenvertretern im Personalrat gewählten Vorstandsmitglieder im Verhältnis zu den vom Personalratsplenum hinzugewählten Vorstandsmitgliedern vorrangig freizustellen sind.

Die Aufgabe des Vorstandes, die Beschlüsse des Personalrates vorzubereiten und durchzuführen, bezieht sich nicht nur auf gemeinsame Angelegenheiten, sondern auch auf Gruppenangelegenheiten, über welche im Personalrat im Ergebnis nicht gegen den Willen der Mehrheit der betreffenden Gruppe entschieden werden kann. Es drängt sich auf, in aller Regel auch die Freistellung zugunsten der Gruppensprecher im Personalratsvorstand zu nutzen, damit diese die Möglichkeit haben, die Willensbildung im Personalrat, wie innerhalb der Gruppe, ordnungsgemäß vorzubereiten und die gefassten Beschlüsse gegebenenfalls zusammen mit dem Personalratsvorsitzenden gegenüber der Dienststellenleitung mit Nachdruck zu vertreten.



Newsletter Beamtenreform

Ausgabe 3/September 2009



Beteiligungsrecht des Personalrats bei Prüfungen

Hierzu hat das Bundesverwaltungsgericht am 25.3.2009 (6 P 8/08) beschlossen, dass das Beteiligungsrecht des Personalrats bei Prüfungen nach § 80 BPersVG die Teilnahme an den Beratungen der Prüfungskommission nicht einschließt. Allerdings betrifft das Beteiligungsrecht auch inhaltliche Aspekte der Prüfung und erstreckt sich auf den mündlichen und schriftlichen Teil der Prüfung. Die Prüfungskommission hat dem in die Prüfung entsandten Personalratsmitglied Gelegenheit zu geben, seine Anregungen und Bedenken in einem vertraulichen Gespräch vorzutragen.

Abordnung eines Beamten in ein anderes Bundesland

Hierzu hat das OVG Lüneburg am 27.3.2009 (5 ME 31/09) in Festigung der bisherigen Rechtsprechung mit lesenswerter Begründung beschlossen, dass für die Erteilung bzw. Versagung des Einverständnisses mit der Übernahme eines Beamten im Wege der Abordnung die gleichen Grundsätze heranzuziehen sind, die auch für die erstmalige Begründung eines Beamtenverhältnisses gelten. Das Einverständnis kann rechtsfehlerfrei unter Hinweis auf den fehlenden Nachweis der gesundheitlichen Eignung versagt werden.



Produkttipp

Schnellenbach

Die dienstliche Beurteilung der Beamten und der Richter

Loseblattwerk

ISBN 978-3-8114-3661-9

€ 98,00 zzgl. Aktualisierungslieferungen

Die Neuauflage des bewährten Standardwerkes bietet Ihnen in der praktischen Loseblattform:

- Ständige Aktualität: Zeitnahe Übermittlung von Gesetzesänderungen und Änderungen der Richtlinien sowie der Beurteilungspraxis
- Eine komplette Zusammenstellung der einschlägigen Rechtsvorschriften zur dienstlichen Beurteilung neben einer großen Auswahl an Beurteilungsrichtlinien
- Einen systematischen Vergleich zwischen den verschiedenen Gestaltungsformen des Beurteilungswesens
- Gute Handhabbarkeit durch einen klar strukturierten Aufbau

Teil A des Werkes enthält die einschlägigen Rechtsvorschriften und Richtlinien zur dienstlichen Beurteilung.

Die Teile B und C enthalten die eingehende Darstellung von Beurteilungszwecken, Beurteilungsarten und -verfahren, Beurteilungsinhalt, sowie zusätzlich eine eingehende Darstellung zum Rechtsschutz und den Besonderheiten bei der Beurteilung Schwerbehinderter.

[\[mehr Info\]](#)



Seminartipp

Aktuelle Seminare zum Beamtenrecht

Beamtenrecht Teil I

Grundlagen und Neuerungen durch das Beamtenstatusgesetz und Dienstrechtsgesetz

Referent: Dr. Maximilian Baßlperger

München 26. Oktober 2009

[\[weitere Infos und Anmeldung\]](#)

Beamtenrecht Teil II

Rechte, Pflichten und Rechtsfolgen unter Berücksichtigung des Beamtenstatusgesetzes und des Dienstrechtsneuordnungsgesetzes

Referent: Dr. Maximilian Baßlperger

München 27. Oktober 2009

[\[weitere Infos und Anmeldung\]](#)

Beamtenrecht Teil III

Rechtsschutz und aktuelle Rechtsprechung

Referent: Dr. Maximilian Baßlperger

München 28. Oktober 2009

[\[weitere Infos und Anmeldung\]](#)



Newsletter Beamtenreform

Ausgabe 3/September 2009



Beurteilung

Vor dem Hintergrund der besonderen Stärkung des Leistungsprinzips durch das Dienstrechtsreformgesetz (vgl. Beamtenreform-Newsletter 1/09) wird die Bedeutung der dienstlichen Beurteilung weiter zunehmen, so dass im Folgenden einige aktuelle Entscheidungen aufgeführt werden:

Zu den Anforderungen an Beurteilungsbestimmungen

Das Bundesverwaltungsgericht hat am 11.12.2008 (2 A 7/07) entschieden, dass, sofern Beurteilungsbestimmungen die zweithöchste und eine weitere Note in einer Notenstufe zusammenfassen, die einem auf die Notenstufe bezogenen Quorum unterliegt, zumindest die Quote der zweithöchsten Note erkennbar sein muss. Die Quotenregelung bezweckt, dem beurteilten Beamten die Nachprüfung zu ermöglichen, ob seine dienstliche Beurteilung den Maßstäben von Art. 33 GG gerecht wird. Er muss nachvollziehen können, welchen Stellenwert der Dienstherr seiner beruflichen Leistung im Verhältnis zu den Leistungen anderer vergleichbarer und beurteilter Beamter zumisst. Dies ist bei der Zusammenfassung mehrerer Notenstufen, ohne dass die einzelnen Quotierungen erkennbar sind, nicht der Fall.

In diesem Zusammenhang wird auf die Entscheidung des OVG Lüneburg vom 9.5.2008 (5 ME 50/08 = Schütz/Maiwald, ES/A II 1.4 Nr. 169) verwiesen, in der nochmals klargestellt wurde, dass eine rein mathematische Betrachtung der Einzelbewertungen der aktuellen dienstlichen Beurteilungen bei Auswahlentscheidungen im Beförderungsverfahren grundsätzlich rechtsfehlerhaft ist. Insbesondere kann nicht pauschal bei einem Abweichen von nicht mehr als 0,49 Wertpunkten des Durchschnittes der Leistungs- und Befähigungsmerkmale von einer Gleichwertigkeit der Beurteilungen von Beförderungsbewerbern ausgegangen werden (vgl. BVerwG vom 27.2.2003, 2 C 16/02 = Schütz/Maiwald, ES/A II 1.4 Nr. 98).

Entbehrlichkeit des Beurteilungsgesprächs

Wird eine dienstliche Beurteilung durch das Verwaltungsgericht aufgehoben und ist der Dienstherr verpflichtet, den betroffenen Beamten erneut dienstlich zu beurteilen, ist grundsätzlich das gesamte

Beurteilungsverfahren einschließlich des Beurteilungsgesprächs zu wiederholen (Oberverwaltungsgericht für das Land Nordrhein-Westfalen, 20.1.2009, 6 B 1642/08).

Beurteilung im Hinblick auf die Verkürzung der Probezeit

Grundsätzlich beurteilt sich die Frage, ob die in der Probezeit erreichte Gesamtnote eine erheblich über dem Durchschnitt liegende Leistung darstellt, nach den Beurteilungsbestimmungen des Dienstherren



Produkttipp

v. Roetteken/Rothländer/Burkholz

Beamtenstatusgesetz

Kommentar



Loseblattwerk in 2 Ordnern
ISBN 978-3-7685-0953-4

€ 129,95 zzgl. Aktualisierungslieferungen

Erscheinungstermin:
voraussichtlich Oktober 2009

Bezieher des Loseblatt-Werkes „Hessisches Bedienstetenrecht“ (Gesamtausgabe und Teil IV) erhalten den Kommentar zum Beamtenstatusgesetz im Rahmen ihres Abonnements.

Das Beamtenstatusgesetz legt künftig die Grundstrukturen für eine bundeseinheitliche Anwendung des Statusrechts der Beamtinnen und Beamten fest und verzichtet auf weitergehende Regelungen. Die Länder erhalten weitgehende Handlungs- und Gestaltungsoptionen für ihr Personal, um den unterschiedlichen Organisations- und Personalstrukturen Rechnung tragen zu können. Bundeseinheitlich sind nur noch die Grundstrukturen des Statusrechts geregelt. Damit bleiben die Einheitlichkeit des Beamtenrechts und die landesübergreifende Mobilität gewährleistet. Die Ausgestaltung und Umsetzung im Einzelnen regeln die Länder in eigener Verantwortung.

[\[mehr Info\]](#)



Newsletter Beamtenreform

Ausgabe 3/September 2009



(BVerwG vom 20.1.2009, 2 A 10/07 = Schütz/Maiwald, ES/A II 3.1 Nr. 13). Auf die tatsächliche Quote unter den Beurteilten kommt es hierbei nicht an. Übertreffen also überproportional viele Beurteilte die Anforderungen erheblich, ist in allen Fällen die Probezeit zu verkürzen. Auch noch nach dem tatsächlichen Ablauf der (ungekürzten) Probezeit hat der Beurteilte einen Anspruch darauf, so gestellt zu werden, als sei die Probezeit verkürzt worden, da dies für weitere Beurteilungen und Beförderungen Auswirkungen haben kann.

Rechtsschutz gegen eine dienstliche Beurteilung eines Soldaten

Am 17.3.2009 (1 WB 77/08 = Schütz/Maiwald, ES/F II 3 Nr. 31) hat der Wehrdienstsenat des Bundesverwaltungsgerichts beschlossen, dass einem Soldaten der Rechtsweg gegen eine dienstliche Beurteilung zu den allgemeinen Verwaltungsgerichten und nicht zu den Wehrdienstgerichten eröffnet ist, wenn die Beurteilung nicht von einem militärischen, sondern einem zivilen Vorgesetzten erstellt worden ist.

Christian Beducker
Rechtsanwalt
www.beducker.de